

Strahlentelex

mit

ElektrosmogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288 www.strahlentelex.de • www.abstractnow.com Nr. 434-435 / 19. Jahrgang, 3. Februar 2005

Atomwirtschaft:

Weißrußlands Staatsführung hat ein Programm zum beschleunigten Bau eines neuen Atomkraftwerks gebilligt. Damit soll die Abhängigkeit vom russischen Erdgas verringert werden.

Seite 3

Uranerzbergbau:

Das Schaffen von Fakten bei der Sanierung der Wismutregion in Ostthüringen, ohne wirklich tragfähige technische Lösungen zu bieten, konstatiert Frank Lange vom Kirchlichen Umweltkreis Ronneburg.

Seite 4

Personalien:

Bundesumweltminister Trittin hat im Januar 2005 die Hälfte der Mitglieder der Strahlenschutzkommission (SSK) neu berufen. Sie besteht jetzt aus 16 Männern und 2 Frauen.

Seite 8

Im Überblick:

Nahrungsmittelbelastungen im Jahr 2004: Milch und Milchprodukte, Beeren, Obst und Gemüse, Nüsse, Pilze und Kräuter, Fleisch und Geflügel. Meßwerte von Cäsium-137 und Strontium-90.

Seite 6

Atompolitik / Atomwirtschaft

Das atomare Dreieck Deutschland, Südafrika und Pakistan

Das Forschungszentrum Jülich ist immer dabei: „Die Bundesrepublik Deutschland leistete von Anfang an energischsten Widerstand gegen intensive Inspektionsmaßnahmen, wie sie vor allem Washington durchsetzen wollte.“ Robert Jungk 1977 in seinem Buch „Der Atomstaat“ über die Haltung der Bundesrepublik zum ab 1965 angestrebten Atomsperrvertrag. Nein, ich werde jetzt nicht

damit anfangen, mich langfristig über jene Wissenschaftler auszulassen, die bereits zur Zeit des Faschismus an führender Stelle an der Atomenergie forschten, um in den 50er und 60er Jahren unter dem Atomminister Franz Josef Strauß weiterzumachen. Ich werde nicht näher auf den rechtskräftig verurteilten SS-Obersturmbannführer in Leiden (Holland) Alfred Boettcher eingehen, der 1960 bis

1966 Direktor des Kernforschungszentrums Jülich wurde und für die Verbindungen nach Südafrika und Brasilien zuständig war. Auch nicht auf den NSDAP-Leiter Wilhelm Groth, der vor 1945 unter den Nazis an der Atombombe forschte, um nach dem Krieg in Jülich weiterzumachen.

Leukämie in Geesthacht

Und letztendlich werde ich nur kurz bei Erich Bagege und Erich Diebner innehalten, die ebenfalls für das Dritte Reich Atomwaffenforschung betrieben, um 1954 das Atomforschungszentrum Geesthacht zu gründen und an der deutschen Atom- und Wasserstoffbombe weiterforschten. Die jahrzehntelange zivil-militärische Forschung dieser „Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt“ (GKSS) direkt neben dem Atomkraftwerk Krümmel hat allerdings Auswirkungen bis heute. Durch geheimgehaltene „kerntechnische Sonderexperimente“ auf dem GKSS-Gelände ist es im September 1986 zu einem vertuschten Störfall gekommen, was nach vierjähriger Latenz-

zeit zu der weltweit einmaligen Häufung von Blutkrebs in dieser Region führte. Die Behörden und Forscher leugnen den Atomunfall und die Forschung an den Mini-Atomwaffen. Die seit 1992 bestehende Untersuchungskommission hat sich zerstritten, sechs der acht Wissenschaftler sind nach einem Eklat aus Protest gegen die Vertuschungsversuche der Landesregierung Schleswig-Holstein und der beteiligten Forschungszentren Jülich und Karlsruhe zurückgetreten. Prof. Wassermann, Vorsitzender der Kommission, richtete in diesem Zusammenhang heftige Vorwürfe an die Adresse der Grünen: „In Kiel haben sich vor allem die Staatssekretäre der Grünen, Wilfried Voigt und Heriette Berg, seit Jahren dafür stark gemacht, die lästige Leukämie-Kommission loszuwerden“ (JW 4.11.2004).

In der Umgebung von Geesthacht hatte man in Bodenproben mit dem Auge kaum sichtbare radioaktive PAC-Kleinstkügelchen gefunden. Genau jene, die in dem 1989 stillgelegten Thori-

um Hochtemperaturreaktor (THTR) Hamm-Uentrop für die Brennelemente benutzt und in den berühmten Hanauer Atombetrieben hergestellt wurden. Auch dort fanden Forscher nur wenige hundert Meter entfernt diese PAC-Kügelchen in der Garterde. Das faschistische Atombombenprojekt sorgt – weitergeführt im demokratischen Deutschland – auch heute noch für jede Menge Zündstoff und was viel schlimmer ist, für Strahlentote! (Weitere Informationen befinden sich in den THTR-Rundbriefen Nr. 82 und 83. Außerdem sind verschiedene „Junge Welt“-Artikel und der „Konkret“-Artikel 12/2004 auf unserer Homepage nachzulesen: <http://www.thtr-a.de>.)

Urangate bei Urenco und Jülich

Ebenfalls zur Zeit des Faschismus wurde in Deutschland mit der Entwicklung von Gaszentrifugen zur Urananreicherung begonnen. Durch die Hintereinanderschaltung mehrerer Zentrifugen sollte das Uran so stark angereichert werden, daß der Bau einer Atombombe möglich würde. Die Nazis kamen nicht mehr dazu, diese Bombe einzusetzen. Aber ihre Wissenschaftler arbeiteten in Deutschland und den Niederlanden nach dem Krieg weiter daran. Um die deutschen Ambitionen, eine eigene Atombombe zu bauen, unter Kontrolle zu halten und gleichzeitig die wirtschaftliche Kooperation weiterzuentwickeln, wurde in dem „Vertrag von Almelo“ 1970 die deutsch-niederländisch-britische Zusammenarbeit für den Einsatz von Zentrifugenverfahren zur Urananreicherung beschlossen. Die Konzerne BNFL, UCN und Uranit gründeten hierzu den Konzern Urenco, der 1975 zunächst eine Gemeinschaftsanlage im niederländischen Almelo in Betrieb nahm.

Hiergegen protestierten 1978 vierzigtausend Menschen.

1985 ging der Schwesterbetrieb im 40 km entfernten Gronau in Betrieb. An der Entwicklung der Gaszentrifuge war der bereits genannte ehemalige Naziwissenschaftler Böttger beteiligt, der zum Leiter der Kernforschungsanlage Jülich aufstieg. Hier findet in Jülich bis heute die wissenschaftliche Grundlagenarbeit für Urenco im Uranit-Zweigwerk statt!

Der Khan schlägt zu!

Die Entwicklung von Geräten zur Herstellung des Grundstoffes zum Atombombenbau zog mehrere ausländische Interessenten an, die auch sogleich bedient wurden. 1972 schloß Pakistan mit der Bundesrepublik das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab. Nicht nur das Kernforschungszentrum Karlsruhe bildete pakistanische Atomforscher aus, sondern in der deutsch-niederländisch-britischen Gemeinschaftsanlage Urenco konnten sie sich einen umfassenden Einblick in Baupläne und Listen der Lieferfirmen verschaffen. Der spätere „Vater der pakistanischen Atombombe“ und gefeierte nationalistische „Volksheld“ Abdul Qadeer Khan besorgte sich hier zwischen 1972 und 1975 alle Informationen für die Herstellung nuklearen Materials, das in Zukunft die Welt unsicher machen sollte. Noch in den 80er Jahren arbeiteten in den Kernforschungsanlagen in Jülich und Karlsruhe 55 pakistanische Wissenschaftler, fand Gerhard Piper von BITS heraus (sein Artikel über Pakistans Nukleararsenal aus am 11/2001 kann auf unserer Homepage eingesehen werden: <http://www.thtr-a.de>). Khan selbst studierte in den sechziger Jahren in Berlin und im niederländischen Delft Metallurgie, bevor er dann bei Urenco einstieg. Aus dieser Zeit resultiert seine intime Kenntnis der circa siebzig deutschen Rüstungsfirmen, die später UAA-Komponenten nach Pa-

kistan lieferten. Die Gaszentrifugen der Urenco konnten auf diese Weise nachgebaut werden und legten damit den Grundstein für die pakistanische Atombombe.

Zwei Jahre nach dem Beginn der deutsch-pakistanischen Kooperation schlossen 1974 die Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe Kooperationsabkommen mit Indien ab. Die gleichzeitige Belieferung zweier rivalisierender, extrem verfeindeter Regionalmächte mit Atomknow-how und Atomtechnologie heizte die Spannungen zusätzlich an.

Der Urenco-Zögling Khan stieg in Pakistan zum Chef der Atomlaboratorien auf. Das dortige Atomzentrum wurde nach ihm benannt. In den 80er und 90er Jahren betrieb Khan einen „nuklearen Supermarkt“, der die Akten der westlichen Untersuchungskommissionen sprunghaft anschwellen ließ.

Khan selbst räumte ein, Iran, Nordkorea und Libyen mit Zeichnungen und Anlagen für den Atombombenbau versorgt zu haben. Irak und Südafrika wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls genannt. Als gesichert gilt, daß Saudi-Arabien das Atomprogramm in Pakistan zu einem erheblichen Teil finanziert hat.

UAA-Gefahren – schwer zu begreifen?

Urenco als nukleare Keimzelle für die weltweite Atomwaffenproduktion will demnächst die Kapazitäten der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau von bisher 1.800 Tonnen auf 4.500 Tonnen Urantrennarbeit ausweiten. Dann könnten über Deutschland hinaus insgesamt etwa 35 Atomkraftwerke versorgt werden und es kommt zu Hunderten von Transporten mit hochangereichertem Uran jährlich – noch mehr als bisher schon! Während das nur 17 Kilometer von Gronau entfernte Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) Ahaus zu

einem der wichtigsten Kristallisationspunkte des Atomwiderstandes wurde, wird die UAA im Bewußtsein vieler Umweltschützer kaum wahrgenommen. In Zusammenhängen zu denken, fällt offensichtlich großen Teilen der Umweltbewegung sehr schwer. Vielleicht wird sich das erst dann ändern, wenn ein Urenco-Zentrifugenabkömmling als Atombombe tatsächlich zum Einsatz kommt. Erstaunt wird dann die öffentliche Meinung feststellen, daß der Ausgangspunkt der Katastrophe im holländisch-westfälischen Grenzgebiet liegt und daß der Bösewicht Bin Laden jetzt Abdul Qadeer Khan heißt. Denn die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Das atomare Dreieck

Nach der Wandlung Ghaddafis vom Paria zum Freund des Westens gab Libyen den Kontrolleuren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) teilweise sein Wissen preis, woher es in der Vergangenheit das Atombombenknow-how erhalten hatte. Die Spur führte nicht nur zum unvermeidlichen Abdul Qadeer Khan, sondern auch diesmal wieder nach Deutschland und Südafrika. Nach dem Ende des Apartheidregimes 1993 sahen sich die am südafrikanischen Atomprogramm beteiligten Wissenschaftler und Firmeninhaber nach neuen Wirkungsmöglichkeiten um und arbeiteten mit Khan zusammen, der mit einer Südafrikanerin verheiratet ist. Diese Mitglieder des Atomschmuggelrings haben größtenteils die deutsche und schweizerische Staatsbürgerschaft und arbeiten mit Hunderten von Firmen in mehr als 20 Staaten zusammen.

Die seit Monaten ermittelnden Staatsanwälte in Deutschland, der Schweiz und in Südafrika sind vom Ausmaß des Skandals überrascht und haben bereits einige Ingenieure und Firmenmitarbeiter verhaften lassen. Ein Schlüsselprojekt

ist die südafrikanische Urananreicherungsanlage Pelindaba, die nach deutschem Vorbild gebaut wurde. Die IAEA ist alarmiert. Sie spricht von einem „veritablen Supermarkt“ für alle Arten von Nuklearwaffen und hält inzwischen Terroranschläge mit Atomwaffen für eine „echte und unmittelbare Bedrohung“!

Nicht nur die Beziehungen Khans und des pakistanischen Militärs zu islamistischen Kreisen werden seit dem 11.9.2001 kritisch gesehen, auch die 200.000 südafrikanischen Muslime gerieten mittlerweile unter Generalverdacht. Nachdem zwei von ihnen Anschlagpläne auf südafrikanische Einrichtungen und Beziehungen zu Al Quaida zur Last gelegt wurden, überschlugen sich die Medien mit Berichten hierüber. Al Quaida-Aussteiger Jamal Ahmed al-Fadl gab vor US-Behörden zu, daß er beauftragt wurde, nukleares Material in Südafrika zu kaufen. Zur Zeit läuft in Kapstadt das Genehmigungsverfahren für den geplanten, mit Jülicher Hilfe entwickelten Hochtemperaturreaktor, der hier Pebble Bed Modular Reactor (PBMR) genannt wird. Diesen Prototyp will Südafrika speziell so entwickeln, daß er sich trotz hohem Proliferationsrisiko zum Export in Schwellenländer eignet. Da bisher in der Nachapartheitsära die Kontrollmechanismen im nuklearen Bereich völlig versagt haben, ist auch bei dem geplanten Bau eines neuen Hochtemperaturreaktors (HTR) das Schlimmste zu befürchten.

Joschka Fischer, der sich bei jeder Gelegenheit in den Medien mit Äußerungen zum Atomprogramm des Bösewichts Iran profiliert, schweigt zur deutschen Beteiligung an dem internationalen Atomsmuggel. Die rotgrüne NRW-Landesregierung unternimmt nicht das Allgeringste gegen die UAA in Gronau und damit nichts gegen die

Fortsetzung einer verhängnisvollen Entwicklung, die vor vielen Jahrzehnten in Deutschland ihren Ausgangspunkt nahm. Im NRW-Landtagswahlkampf sollten wir in den nächsten Monaten darauf aufmerksam machen. Und auch darauf, dass die radioaktiven PAC-Kügelchen inzwischen im Forschungszentrum Karlsruhe und in Frankreich wieder hergestellt werden. Und zwar in Zusammenarbeit mit dem Konzern AREVA, der den HTR nach Südafrika liefern soll. Das alles ist das Gegenteil von Ausstieg.

Horst Blume

Atomwirtschaft

AKW-Neubau soll die Abhängigkeit Weißrußlands vom russischen Erdgas verringern

Weißrußlands Staatsführung hat ein Programm zum beschleunigten Bau eines neuen Atomkraftwerks im Lande gebilligt. Das berichtete die Zeitung „Nesawissimaja gaseta“ am 27. Januar 2005 unter Berufung auf Weißrußlands Oppositionsführer Wladimir Parfenowitsch. Das Atomkraftwerk werde Weißrußlands Abhängigkeit vom russischen Erdgas beenden, das bisher mehr als 90 Prozent des im Lande verbrauchten Heiz- und Brennstoffs ausmache, heißt es. Der autoritär herrschende weißrussische Präsident Lukaschenko befürchte, daß „das Gasventil als Hebel des politischen Drucks“ auf Weißrußland benutzt werde. Deshalb habe er vor Fachleuten zweierlei Aufgaben formuliert: sich vom Gasprom-Monopol auf Gaslieferungen zu befreien, das heißt andere mögliche Lieferanten zu finden und die Abhängigkeit vom russischen Gas überhaupt abzuschwächen. Das lasse sich aber nur mit einer ganz neuen Energiequelle erreichen.

Der vorstehende Artikel ist ein Nachdruck aus dem THTR-Rundbrief Nr. 95 vom Dezember 2004. Mit herzlichem Dank für die freundliche Genehmigung.

Literaturhinweise und weitere Artikel zum Thema: <http://www.thtr-a.de>

Die englischsprachige, 67seitige und sehr informative Broschüre „Uranium Road. Questioning South Africa's Nuclear Direktion“ von David Fig ist einsehbar auf der Homepage <http://www.boell.org.za>

Der Sonntagsspaziergang findet in Gronau jeden ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der UAA statt. Infos: www.aku-gronau.de

gen Rußlands könne nach der Inbetriebnahme des weißrussischen AKWs erfolgen – durch den Verkauf des erzeugten Stroms, unter anderem ins Ausland.

Im Pressedienst des Staatskonzerns Belenergo wurde die Erklärung von Oppositionschef Parfenowitsch als „hohl“ bezeichnet, weil ein solches Projekt sich nicht geheimhalten ließe. Der Pressesekretär des Konzerns, Wladimir Korduba, erklärte allerdings, der Bau eines neuen Atomkraftwerks würde über kurz oder lang eine Notwendigkeit.

Zuvor hatte Präsident Lukaschenko beteuert, Weißrußland werde nie verbotene Atomaktivitäten betreiben. Das berichtete die Korrespondentin der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, Olessja Lutschaninowa, aus Minsk. Weißrußland habe nie verbotene Entwicklungen im Bereich der Atomenergie durchgeführt und werde das auch in Zukunft nicht tun, habe Weißrußlands Präsident Alexander Lukaschenko am 21. Januar 2005 in einer Sitzung des Sicherheitsrates in Minsk erklärt. „Dafür haben wir weder die Finanzen, noch den Wunsch. Es gibt reichlich andere Mittel zur Verteidigung des Landes“, habe Lukaschenko betont.

Weißrußland soll der Meinung seines Präsidenten zufolge mehr von der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) profitieren: „Bislang haben wir von der IAEO im Grunde genommen nichts bekommen, während Weißrußland im Vergleich zu anderen Ländern einen weitaus größeren Beitrag zur Lösung von Problemen geleistet hat, für die die IAEO zuständig ist.“ Als Beispiel habe Lukaschenko den Verzicht Minsk auf Atomwaffen angeführt.

Der Sicherheitsrat Weißrußlands erörterte der Agenturmeldung zufolge auch Fragen, die die Unterzeichnung eines